

Volkswacht

Wagelgepreise:
 Die neuangek. Monatshefte 25 A
 Quartale für auswärt. 75 A
 Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 15 A
 Die diesjährige Kellertafel 1.25 A
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unletzen Händen sein.

Die Zeitungsdruckerei des Arbeiter- und Soldatenrats
Wagelgepreise:
 Im Einzelnen durch unsere Druckerei 1.25 A
 monatlich 1.25 A
 vierteljährlich 3.75 A
 Durch die Post bezogen außerhalb des Reichs
 monatlich 1.40 A
 vierteljährlich 4.20 A
 Einzelnummern 10 A
 Geschäftsstelle Danzig Nr. 104.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
 Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition:
 Danzig, Paradiesgasse 32.

Telephon: Redaktion 3795.
 Expedition 3290.

Nr. 156 **Donnerstag, den 10. Juli 1919** **10. Jahrgang**

Die Steuerpläne des Reichsfinanzministers.

Zu spät!

Reichsfinanzminister Erzberger hat Dienstag in der Nationalversammlung sein Steuerprogramm entwickelt. Mit Recht sagte ihm der Redner unserer Fraktion, daß seine obendrein noch recht unvollkommenen Pläne zu spät kommen. Schon lange haben die kapitalträchtigen Kriegsgewinnler das Blutgeld in Sicherheit gebracht. Seit Monaten wandern gewaltige Summen in Gebiete, wo sie vom deutschen Reich nicht erfaßt zu werden vermögen.

Wer hat Schuld daran? Unsere Genossen in der Regierung haben es sicher an Energie nicht fehlen lassen. Sie konnten sich jedoch gegen die kaiserlichen Minister nicht durchsetzen. Es war die unfähige Koalitionsregierung, die immer und immer wieder zurücktritt, wenn es galt, das Bürgerrecht steuerpolitisch fest anzupacken. Und so wurde nichts.

Wie wurde das alles möglich? Nur dadurch, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen zur Nationalversammlung keine Mehrheit errang. Und weshalb blieb sie aus? Weil der Parteistreit, der in den Hochburgen der Arbeiterbewegung sich zu blutigen Straßenkämpfen auswuchs, unsere Kraft lähmte und die in der Revolutionsstagen Gewonnenen wieder ins bürgerliche Lager zurücktrieb. So glänzend unsere Erfolge im Ausland der sozialistischen Bewegung, im Dien des Reiches, in den kleinen und mittleren Städten waren, so sehr verlagerten viele Großstädte und Industriebezirke.

Wir erreichten keine parlamentarische Mehrheit. Anstatt einer sozialistischen kam die Koalitionsregierung, deren Arbeit das Volk nicht zu bestreben vermochte und an der deshalb rechte Kreise, jedes Interesse verloren. Links fanden sich lediglich gewaltige Arbeitermassen gegen sie und von rechts politische reaktionäre Kreise. Die Folge von alledem war eine nie geahnte Schwächung der Reichs- und Staatsgewalt, die es den Kapitalisten ermöglichte, die Dinge in ihrem Sinne zu schieben. Wozu jetzt endlich zugegriffen, so dürfte nur ein Bruchteil dessen zu erwarten sein, was vor Monaten mühelos in den Reichstadel zu stecken war.

Verhandlungsbericht.

40. Sitzung, Dienstag, den 8. Juli.
 Am Ministerisch: Bauer, Erzberger.
 Ein förmlicher Antrag der Unabhängigen auf Einstellung des gegen den W. A. Stöckhorn (L. S.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Tagung der Nationalversammlung wird dem Geschäftsführungsausschuß überwiesen.

Es folgt die

erste Beratung des Steuergesetzes

in Verbindung mit einer sozialdemokratischen Interpellation über die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Krieg ist der Verwüster der Finanzen. Der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreichste Schrittmacher des Fortschritts. Da ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Bekenntnis ab: zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschienen. Das eine Mal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Beschlüsse der Reichstagskommission am 6. November 1918 mich mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt; es war vormittags 12 Uhr und abends 5 Uhr mußte ich abreisen mit unbestimmtem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volke den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den zweiten politischen Scherz erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichstag mich zu meiner ersten Heberzeugung zum Aufbruch, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen, das Besondere war hier; ich mußte ja gehen.

In der schwersten Stunde des deutschen Reiches habe ich so das schwerste Ressort übernommen. Schweren Herzens, aber in dem Bewußtsein, daß die Pflicht es mir gebot, zugleich aber auch in der Hoffnung, daß die Parteien, welche die heutige Regierung bilden, mich in der Erfüllung meiner Aufgabe unterstützen werden. Aber ich erlaube auch die Mitarbeiter aller besser in diesem hohen Maße, die mit mir daran tätig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: aufzubauen. In alle Parteien ergibt dieser Ruf zur Mitarbeit; denn wir sind alle Söhne und Töchter eines Vaterlandes.

Die deutsche Kriegsanleihe

von den breitesten Volksschichten aufgebracht worden. Von 39.1 Millionen Gesamteinsparungen entfallen nicht weniger als 34.3 Millionen auf Leistungen unter 1000 Mark. Diese 90 v. H. ergaben 55 Milliarden Mark zum dem Viertel der Gesamteinsparungen. Außer den 55 Milliarden Mark, welche die kleinen Sparer aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften

und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21.5 Milliarden gesammelt. Unter dieser Summe stehen Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte. Hierüber muß man sich klar sein, wenn man von der Einstellung der Rinsenzahlung spricht. Eine solche Maßnahme würde die meisten schädigen, die dem Vaterlande in der höchsten Not geholfen haben. Die Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben, einmal würden sie große Einnahmen gehabt haben und zweitens würden sie von der Annahmeforderung nicht getroffen werden. Etwas Pflicht ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Rinsenzins der Kriegsanleihe geleistet werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird dieselbe auch künftig bevorzugt werden bei Zahlungen gewisser Steuern und beim Kauf von Staatsanleihen.

Verpflichtung im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine reich wirkende vorzügliche Sozialversicherung dar; sie treffen alle und haben eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen, der begründete Eigennutz wird nach höchster Ermessung. Der erste Heberzug wird aber zum erheblichen Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen. Das Kapital Einkommen muß dabei eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen erfahren.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialfinanzminister. Solche Sozialfinanzminister sind in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurden damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Krieg läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Arbeiter mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht nicht machte vor dem Kapital und dem Weisse.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll. Unerwarteter Heroismus, unerfährte Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anstrengungen an der Moral, die Standhaftigkeit und den Idealismus auf der einen Seite, heftigste Profitgier, Schieber, Lüge und Korruption auf der anderen Seite. Hier liegt auch eine der Ursachen der Demoralisierung

Machlosigkeit der Lohnforderungen.

mit denen zuerst der Bestand der Gesellschaft unterwühlt und dem Chaos entgegengeführt wird. In Warnungen hat es im Krieg nicht gefehlt. Im Juni 1917 hat der damalige Chef des Kriegsausschusses, General Groener, in eindringlichen Worten auf die drohenden Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige Reichsanwalt und leichtfertige aller Finanzminister, Staatsminister, General Groener, hat dieser Lage von den inneren Mächten der Verletzung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs beschleunigen haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unbedeutende Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren kurzschlüssiger Charakter er war. Wir stehen am Abschluß des Krieges, und, wie wir hoffen, am Beginn des Wiederaufbaues der Nation. Stehen wir die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite erhebliche und physische Verheerungen und Verwüstungen an Mensch und Leben und an physischen, an physischen und moralischen Werten. Verarmung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gelastet hat, und Kriegsgewinne, Konfiskation des Kapitals, Verlust, Luxus, Wohlleben und ungezügelter Reichtum der arbeitslosen Teile der bisher herrschenden Klassen auf der anderen Seite. Drohend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftspolitik

als extreme Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsgefühls der Volksmassen die wehrmüde, alles zerstörende und negierende Theorie des Bolschewismus. Das politische Gegenbild dieser atavischen Krankheit ist die auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaute heilige Ordnung, welche den wohlgeordneten Volkswirtschaftlichen Rechnung trägt und in kluger Führung das Gebot der Stunde erfüllt. Der verdrängte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Ziel Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die ersten Sozialisierungen, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Krieges aus 100 000 Mark Vermögen 9000 Mark Jahresertrag aus 100 und heute dieselbe Menge hat, steht jetzt schlechter da als der Telefonapparatarbeiter, der vor dem Krieges 1500 Mark Einkommen hatte und jetzt 7800 Mark Lohn bezieht.

Das Sinken des Kapitalwertes und das Steigen des Arbeitslohnes

sind natürliche Folgen untrüglicher Kriegsmassnahmen. Die Kriegswirtschaft hat alle gebunden und in den Dienst des Vaterlandes zu stellen versucht. Das Militär war nur ein gebieterischer Ruf: Wir brauchen Kriegsgewalt, kriegt es was es wollte. Mit dem Ende des Krieges mußte der Rückzug kommen. So war es selbstverständlich, daß die breite Masse des Volkes am Ende des Krieges nicht nur nach der Einstellung der Kriegsgewinne rief, sondern auch ihren Teil an der Begegnung des Kriegsgewinnes haben wollte. Eine gut durchdachte, schon angelegte Reichsfinanzreform wird dem Ruf nach Sozialisierung Gehör verschaffen: Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; ander werden folgen.

Der große Steuerhauwerder der Zukunft kann nur das eine Deutsche Reich sein, das in seiner Einheit und Selbstständigkeit aus dem Kriegszusammenbruch zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist. Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des einseitig harten ungeraden Friedens. Dieses lothbare Gut unserer Nation, der deutsche Nationalstaat, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich ein neues System der Steuerordnung. Drei Steuergruppen sind der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor

dem Krieg erhob das Reich jährlich nicht ganz zwei Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr drei Milliarden. Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden, die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens sechs Milliarden anzugeben. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35-40 v. H. für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70-75 v. H.

Die Einnahmen des Reiches müssen um 900 v. H. gesteigert werden.

die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 v. H. Solche Riesenveränderungen erfordern neue Maßnahmen. Anschließend muß aus unseren Erörterungen das früher oft gesprochene Wort von einem Gegenstand der finanziellen Interessen von Reich und Einzelstaaten, von Staat und Gemeinden. Für den Rest ist es an sich finanziell gleichgültig, in welche Kasse die ihm auferlegte Steuer fließt. Der Einheit des Steuerfußes muß die Einheit der öffentlichen Bedürfnisse gegenüberstehen. Es muß eine Sache der sorgsamsten Überlegung und Abwägung sein, wie die Erträge der Gesamtheit der Steuern auf die beschriebenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind.

Niel enger als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Denn Reich und Einzelstaaten stehen nach dem Friedensvertrag als gemeinsam Verantwortliche dem Vertragsgegner gegenüber. Eine ganz neue Konstitution des Aufbaues der Reichs- und Staatsfinanzen ist nötig. Den ersten Schritt dazu hat die Verfassung getan; positiv in den Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Reiches auf dem Gebiete der Steuererhebung, negativ, indem sie die Militärabgabe befreit hat. Die Gemeindefinanz der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es mit sich bringen, daß es mündige Steuerpflichtigen in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wechelt, wenn er in Berlin, Garmisch, Koblenz oder an Vorderssee wohnt.

Können wir den

Riesenschatz der Zukunft aufbringen?

Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reiches (scheidet sich künftig in a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17.5 Milliarden Mark belaufen. Die Gesamtsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgesetzt werden.

Angeht unsere Riesenschatzfrage so wie ich kann das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufsteht und zu Werke gehen muß, das Wort von der Sparsamkeit. Ich bin fest entschlossen, den Weg der Sparsamkeit zu gehen. Darum habe ich sofort die von meinem Herrn Vizepräsidenten bereits vorbereitete Karole ausgeben, daß vom 1. Oktober 1919 an es keine Reichsrenten und Kriegsfonds mehr gibt, daß die Kriegswirtschaft aufhört und daß zur geregelten Staatswirtschaft zurückgeführt werden muß. Der erste Leitsatz ist: keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der

Sachgemäße Abbau der Arbeitslosenunterstützung

aus Auge gejagt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel. Für jede Anordnung aus dem Hause und aus den dreien Schichten des Hauses über praktische Durchführung der Sparsamkeit bin ich aufrichtig dankbar.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark beziffern darf? Nachdem ich das Reichsfinanzministerium knapp zwei Wochen leitete, werden Sie von mir nicht schon die Darlegung eines bis in alle Einzelheiten durchdachten Steuerplans erwarten. Aber meine Pläne stehen bereits fest. In diesem Augenblick nur einige Angaben:

Die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Krieges betragen nicht ganz zwei Milliarden Mark, von 1918 bis 1918 sind während des Krieges an den neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 400 Millionen Mark. Hierzu treten an ein-

Der Schutz der Minderheiten.

In den letzten Tagen sind in der Presse Nachrichten über den Vertrag zwischen der Entente und Polen verbreitet, die auch einiges über den Schutz der Minoritäten im künftigen Polen enthalten. Der Text von den diesbezüglichen §§ 7-12 ist in deutscher Uebersetzung aus Kopenhagen gedruckt worden. Er lautet:

Artikel 7:

Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen gleiche bürgerliche politische Rechte ohne Unterschied von Rasse, Sprache und Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder der Konfession darf keinem polnischen Staatsangehörigen, in bezug auf Genus bürgerlicher oder politischer Rechte insbesondere für Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Dienst und Ehrenstellungen und bei Ausübung verschiedener Berufe und Gewerbearbeiten hinderlich sein. Es darf keinerlei Beschränkungen des freien Gebrauches irgendeiner Sprache seitens aller polnischen Staatsangehörigen geben, sowohl im Privatverkehr wie in Handelsgeschäften, sei es in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder Publikationen jeglicher Art, sei es in öffentlichen Versammlungen. Ungeachtet der Festlegung einer offiziellen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen mit anderer Sprache als der polnischen angemessene Erleichterungen bezüglich mündlicher oder schriftlicher Gebrauchs ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.

Artikel 8:

Diejenigen polnischen Staatsangehörigen, die einer religiösen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, genießen gleiche Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlfahrtsanstalten, religiöse oder soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen. Letztere überwachen mit dem Rechte, dort von ihrer eigenen Sprache freien Gebrauch zu machen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel 9:

In bezug auf das öffentliche Unterrichtsrecht genießen die polnische Regierung in künftigen Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger in anderer Sprache als polnischer wohnen, angemessene Erleichterungen. Es darf in Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen in ihrer eigenen Sprache Unterricht erteilt werden. Diese Bestimmung verhindert die polnische Regierung nicht, den Unterricht in polnischer Sprache in besagten Schulen obligatorisch zu machen. In Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger wohnen, die einer religiösen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, soll diesen Minoritäten ein angemessener Anteil an Erträgen und Verwendung der öffentlichen Mitteln von jüdischen oder anderen Budgets zum Zwecke der Er-

ziehung, Religion oder Wohltätigkeit beigesteuert werden können. Die Bestimmungen dieses Artikels sind auf polnische Staatsangehörige in deutscher Sprache nur in den Gebieten Polens anwendbar, die am 1. August 1914 deutsches Territorium waren.

Artikel 10:

Den von den jüdischen Gemeinden in Polen eingesetzten lokalen Schulkomitees liegt unter allgemeiner Kontrolle des Staates die Verteilung des proportionalen Teiles der Gelder, die aus öffentlichen Mitteln gemäß Artikel 9, für die jüdischen Schulen bestimmt sind, ob, ebenso wie die Organisation und Leitung der Schulen.

Artikel 11:

Die Juden können nicht zu irgendwelchen Handlungen gezwungen werden, die ihren Sabbat verletzen. Sie dürfen keine öffentliche Arbeit leisten, wenn sie ablehnen, um Sabbat vor Gericht zu erscheinen, oder gerichtliche Handlungen zu begehren. Diese Bestimmung betrifft die Juden nicht von der allen Staatsangehörigen auferlegten Verpflichtung betreffs Militärdienst für nationale Verteidigung oder dretreffs Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Polen erklärt die Wücht, davon Abstand zu nehmen, allgemeine oder lokale Waffen auszuschieben oder gutzuheißen, die am Sabbat bestimmt sind. Für Wahlen oder andere Zwecke darf obligatorisch am Sabbat keine öffentliche Versammlung stattfinden.

Artikel 12:

Polen anerkennt, daß diese Bestimmungen der vorstehenden Artikel in dem Maße, wie sie Religion betreffen, die Minoritäten der Rasse, Religion oder Sprache angeht, Verpflichtungen von internationalen Natur darstellen und unter Garantie der polnischen Bundesgesetzgebung stehen. Sie können nicht ohne Zustimmung der Majorität des Reiches des Völkerbundes geändert werden.

Aus diesem Text geht hervor, daß jede Minorität jüdischer nicht im Gebrauch ihrer Sprache beschränkt sein wird, daß die Minoritäten das Recht haben, Schulen und kulturelle Institute zu errichten und auf dem Gebiete der Unterrichts- und Fürsorgewesen, sowie zur wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitglieder Einrichtungen zu treffen und die dazu erforderlichen Anstalten zu gründen. In Städten und Distrikten soll ihnen ein angemessener Teil der zu diesem Zwecke aufzubringenden öffentlichen Mittel überlassen werden. Doch wird bei diesen Zuwendungen nur der Teil der deutschen Minoritäten berücksichtigt, dessen Siedlungsgebiet vor dem Kriege in Deutschland gehörte. Es ist dies für die in Kongresspolen und Galizien vertriebenen deutschen Minoritäten zu bedauern. Ueber eine aufeinandergehende Organisation der Minoritäten ist in diesen Artikeln selber keine Bestimmung zu finden. Entscheidend ist, daß Polen anerkennt, daß alle diese Bestimmungen von internationalem Interesse sind und unter Garantie des Völkerbundes gestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Aufhebung der Blockade. a. Rotterdam, 8. Juli. (S. 3.) Die Daily Mail...

Umschuldung zum Lobe verurteilt. Berlin, 8. Juli. (S. 3.) Die deutsche Wehrmacht...

Entente-Militärgerichtshöfe. Amsterdam, 8. Juli. In der Times vom...

Amsterdam, 8. Juli. Die Allgemeine Handelskammer...

Verantwortlich für Redaktionen: Carl Göttsche...

berauswerte Gebuld und viel Mühe seiner Partei...

Der Reichsausschuss beschäftigte den Beizkauf...

Der polnische Volksrat wieder genehmigt. Der...

Rein Arbeiterjugend. Der am Mittwoch abend...

Die Frauenversammlung, die in der Regel...

Wasserstandsberichte am 9. Juli 1919.

Humor und Satire. Im Zoologischen Garten...

Die Klatschen. Was hatten Sie von den...

Der Verfassungsausschuss hält morgen seine erste Sitzung ab.

Die gute Zeit. Der Krieg ist zu Ende. Auch die...

Jesus Strassburger. Eine Welt des Scheins und des großen...

Der Arbeiterverband Danzig-Stadt. Auskunst und Rat für sämtliche Kriegsteilnehmer...

weiter unerreichbar geworden sind. Aber was...

Ob solche Löhne zu zahlen ausführbar ist...

Der Krieg ist zu Ende. Auch die...

Das war das erste Deckungsbedürfnis...

Karhaus Oliva, Hotel-Pension. Besitzer: Eugen Klatt. Telefon 27.

Verammlung der evangelischen Mariengemeinde...

Zahnärzt. Privat-Klinik und Poliklinik für Unbemittelte...

Bahn-Arzt Heldt. Danzig, Langgasse Nr. 43.

Wir empfehlen folgende Schriften zur Beachtung: Die soziale Revolution...

Danzig-Neumark Circus Strassburger. Heute, Mittwoch, den 9. Juli...

Pracht-Vorstellung. Täglich von 10 Uhr vorm. an...

Wer bar Geld braucht. In der Danziger Straße...

Der Maurermeister. Fachlehrer I. Rank...

Kreistriegerverband Danzig-Stadt. Auskunst und Rat für sämtliche Kriegsteilnehmer...

MOTOREN-WERKE OST. Höchstes Präzision. Hobel- und Fräsarbeiten...

Frauen und Töchter! Am Sonntag, den 11. Juli, beginnt im Hotel Danziger Hof...

Rat u. Auskunst in allen Angelegenheiten auch schriftlich nach auswärts erteilt das Rechts-Auskunftsbureau...

In Rottlöpfen 1000 Mt. Belohnung! demjenigen, der in der Nacht vom 8. zum 9. Juli...

Unl. Bekanntmachungen. Ausgabe der Magermilch-haushaltungskarten...

Feldgrüne, rote, weiße, blaue Suche. Verlag der Danziger Paradiesgasse...

Öffentliche Verteidigung am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Madam-Waschpulver zarte Wäsche!